

Der Bürgermeister erläutert die Verwaltungsvorlage und fasst den aktuellen Sachstand zusammen. Er teilt mit, dass bereits erste Erfahrungen im Bürgertreff gezeigt haben, dass es bei größeren Ausschüssen zu Platzproblemen kommt, die mitunter eine Teilnahme von Zuhörern erschweren.

Frau Pech-Büttner betont, dass entgegen des Wortlautes der Verwaltungsvorlage nicht gefordert wurde alle Ausschüsse ausschließlich im Bürgertreff tagen zu lassen, sondern dass alle Ausschüsse lediglich in barrierefreien Räumen stattfinden sollen.

Nach Meinung von Herrn Ullmann besteht in der Nutzung des Mehrzweckraumes im Bürgerhaus für zukünftige Sitzungen eine umsetzbare Lösung.

Bezugnehmend auf die Ausführungen vom Bürgermeister macht Herr Bornewasser klar, dass die Ausnutzung des Bürgertreffs durch eine veränderte Sitzordnung optimiert werden kann, damit dort auch größere Ausschüsse untergebracht werden können.

Herr Ebbinghaus stellt heraus, dass die Errichtung von Barrierefreiheit und sonstiger Erleichterungen für Menschen mit Handicap sich nicht nur auf den kommunalpolitischen Bereich erstrecken sollte, sondern auch in anderen Bereichen des alltäglichen Lebens. Damit sollte sich zukünftig intensiv befasst werden. Er regt an zu prüfen, welche Fördermittel seitens des Landes, des Bundes oder der EU beantragt werden können um dann über entsprechende Maßnahmen weiter zu beraten.

Herr Stark hält das Begehren des Antrags grundsätzlich für wichtig und nachvollziehbar. Bei der Besichtigung der Räumlichkeiten hat sich herausgestellt, dass bis auf den Bürgertreff kein Sitzungsort komplett barrierefrei ausgebaut ist. Aus diesem Grund wurde sich im Ältestenrat mit großer Mehrheit zunächst für die Erprobung zweier Ausschüsse im Bürgertreff ausgesprochen. Die SPD-Fraktion hält an dem Vorschlag fest und schlägt weiter vor hierfür den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sowie den Bauausschuss auszuwählen und diese zunächst über einen Zeitraum von einem Jahr dort tagen zu lassen; dann soll eine Auswertung erfolgen. Der Ansatz der AL-Fraktion ist gut, benötigt in der Umsetzung aber Zeit.

Frau Pizzato gibt an, dass die FDP-Fraktion ebenfalls für eine Erprobung zweier Ausschüsse zustimmt.

Herr Viebach erklärt, dass auch die CDU-Fraktion sich den Ausführungen der von Herrn Stark anschließt.

Herr Bornewasser ist der Ansicht, dass insbesondere aufgrund der langen Untätigkeit in diesem Bereich, akuter Handlungsbedarf gegeben ist. Er kann nicht nachvollziehen, warum nur zwei Ausschüsse erprobt werden sollen und aus welchem Grund, es genau die beiden von Herrn Stark genannten Ausschüsse sein sollten. Hier wäre auch der Ausschuss für Demographie eine Möglichkeit, da dieser sich von der Thematik gut anbieten würde.

Herr Hoffmann macht deutlich, dass Inklusion ein Grundrecht ist; die Begrenzung auf lediglich zwei Ausschüsse ist daher auch für ihn nicht verständlich. Weiter merkt er an, dass es sehr verwunderlich war, dass sich bei der Besichtigung nur der Bürgertreff als komplett barrierefrei herausgestellt hat.

Herr Ebbinghaus stellt den Antrag, dass über die Punkte 1,2 und 6 der vorliegenden Anregung der AL-Fraktion abgestimmt werden soll.

Frau Pech-Büttner betont, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weiterhin auf die Tagung aller Ausschüsse in barrierefreien Räumen besteht und darüber abstimmen lassen möchte.

Es folgt zunächst die Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, künftig die Lokalitäten für Rats- und Ausschusssitzungen so zu wählen, dass alle Menschen mit (auch vorübergehenden) körperlichen Beeinträchtigungen die Möglichkeit haben, an den öffentlichen Sitzungen teilzunehmen.

Abstimmungsergebnis:	7 Ja-Stimmen	(3 UWG, 3 Grüne, Ullmann)
	27 Nein-Stimmen	(14 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 2 proNRW, Bürgermeister)
	2 Enthaltungen	(2 AL)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Nun folgt die Abstimmung über den Antrag von Herrn Stark.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Erprobung des barrierefreien Tagens des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt und des Bauausschuss für zunächst ein Jahr. Nach der Auswertung soll dann erneut darüber entschieden werden.

Abstimmungsergebnis:	27 Ja-Stimmen	(14 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 2 proNRW, Bürgermeister)
	4 Nein-Stimmen	(3 Grüne, Ullmann)
	5 Enthaltungen	(3 UWG, 2 AL)

Die Abstimmung über den Antrag von Herrn Ullmann entfällt aufgrund der Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der Bürgermeister lässt nun über die Punkte 1,2 und 6 der Anregung der AL-Fraktion abstimmen.